



DIE GRÜNEN

(73)

AB

BESCHLUSS (RESOLUTIONS-) ANTRAG

der Landtagsabgeordneten Mag.^a Waltraut Antonov und Dr. Sigrid Pilz (GRÜNE)
eingebracht in der Sitzung des Wiener Landtages am 22.11.2007
zu Post 6 der heutigen Tagesordnung
**betreffend Dokumentation/Untersuchung von verschiedenen Formen der
Gewalt gegen BewohnerInnen in den Pflegeheimen des KAV im
Tätigkeitsbericht der Wiener Pflege-, Patientinnen und Patienten-anwaltschaft**

B E G R Ü N D U N G

Im Oktober 2007 wurden innerhalb eines kurzen Zeitraumes 2 Fälle von Tötlichkeiten gegenüber BewohnerInnen des KAV-Pflegeheimes Liesing und des KAV-Pflegeheimes St. Andrä/Traisen bekannt, die zur fristlosen Kündigung der Pflegepersonen geführt haben.

Die Vorfälle fanden ein breites mediales Echo – allein der Wiener Pflege- und PatientInnenanwalt Hr. Dr. Brustbauer – in dessen Zuständigkeitsbereich die bedauerlichen Vorfälle fielen – schwieg.

Dieses Schweigen scheint symptomatisch für das Amtsverständnis der Wiener Pflege- und Patientinnen-anwälte zu sein. Auch im Tätigkeitsbericht der Wiener Pflege-, Patientinnen und Patienten-anwaltschaft des Jahres 2006 sucht man vergeblich ein Kapitel, das sich mit Gewalt im Pflegeheim bzw. bei der Betreuung zu Hause beschäftigt. Dies ist um so bedauerlicher, da Gewalt gegen alte/pflegebedürftige Personen laut Untersuchungen aus Deutschland keine seltenen „Ausrutscher“ sondern eine zwar tabuisierte aber häufig vorzufindende Situation ist. Zu wenig Personal, überforderte Fachkräfte, unzulängliche Heimaufsicht und hilflose Verwandte und schwache Betroffene tragen dazu bei, dass nur wenige Fälle der Öffentlichkeit bekannt werden.

Die unterzeichnenden Landtagsabgeordneten stellen daher gemäß § 27 Abs. 4 der Geschäftsordnung für den Wiener Landtag folgenden

BESCHLUSSANTRAG:

Der Landtag wolle beschließen, dass im Tätigkeitsbericht der Wiener Pflege-, Patientinnen und Patienten-anwaltschaft folgende Formen der Gewalt und die getroffenen Maßnahmen im intra- und extramuralen Bereich dokumentiert werden:

- Körperliche Gewaltanwendung
- Verbale Gewaltäußerungen
- missbräuchlicher Einsatz von Medikamenten (z.B. Beruhigungsmittel)
- missbräuchliche Anwendung freiheitsentziehender oder –einschränkender mechanischer Mittel (Bauchgurte, Bettgitter, Einsperren der BewohnerInnen)

- Durchführung von Maßnahmen, die unter pflegerischen und medizinischen Gesichtspunkten verzichtbar wären
- Vorsätzlich oder grob fahrlässig unsachgemäße Durchführung pflegerischer Maßnahmen
- Unterlassen oder Verzögern pflegerischer Maßnahmen

In formeller Hinsicht beantragen wir die Zuweisung dieses Antrages an die Frau amtsführende Stadträtin der Geschäftsgruppe Gesundheit und Soziales Mag.^a Sonja Wehsely.

Wien, am 22.11.2007

Handwritten signatures and notes:
 - Top left: A large handwritten mark resembling "Z" or "ZL".
 - Top middle: "Autoren" (Authors).
 - Top right: "Kil" (likely initials).
 - Middle left: "Mayer" (likely a name).
 - Middle right: "Koch" (likely a name).
 - Far right: "Ber" (likely initials).

MAGISTRATSDIREKTION
 DER STADT WIEN
 ABGELEHNT
 Eing.: 22. NOV. 2007
 PGL-05609-2007/0001-UGR/LAT
 Geschäftsstelle Landtag, Gemeinderat,
 Landesregierung und Stadtsenat